Deutscher Kulturrat

25. August 2021

Antworten Bündnis 90/Die Grünen auf die Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

1. Welche kulturpolitischen Post-Corona-Ziele haben Sie? Wollen Sie sich für die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz einsetzen? Werden Sie das BKM zu einem eigenständigen Bundeskulturministerium weiterentwickeln? Wollen Sie das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern aufheben?

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, auf welch dünnem Eis der Kulturbetrieb steht. Von einem Tag auf den anderen gerieten Künstler*innen, Kreative und Kultureinrichtungen in existenzielle Nöte. Neben einer angemessenen Vergütung und sozialen Absicherung der Kulturschaffenden brauchen wir deshalb eine (Wiederaufbau-)Strategie, mit der die Kommunalfinanzen als Grundlage für die kulturelle Infrastruktur gestärkt werden. Wir GRÜNE wollen das Zuwendungsrecht so reformieren, dass Kultureinrichtungen leichter Rücklagen für Notsituationen bilden können, mehr Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen ermöglichen sowie einen Fonds zum Schutz von Kultureinrichtungen vor Verdrängung einrichten und so Kulturorte langfristig absichern. Perspektivisch wollen wir ein Sonderprogramm „Kulturraumschutz“ umsetzen. Wir setzen uns für ein Staatsziel Kultur ein. Ein Bundeskulturministerium finden wir dann sinnvoll, wenn es die unterschiedlichen Zuständigkeiten im Bereich Kultur in den verschiedenen Ministerien (Außen, Wirtschaft, Bildung etc.) bündelt.

2. Welche Schwerpunkte in der AKBP in Europa und international wollen Sie setzen? Welchen Stellenwert wird dabei die UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt haben? Wie wollen Sie die Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030 national und international in der Kultur-, Medien- und Digitalpolitik umsetzen?

Wir GRÜNE wollen die AKBP stärken, denn die Netzwerke der AKBP-Mittler werden aktuell, da vielerorts Nationalismen erstarken und die Kunst- und Wissenschaftsfreiheit eingeschränkt wird, immer wichtiger. Die Zusammenarbeit mit der UNESCO und dem Europarat wollen wir intensivieren und das zivilgesellschaftliche Eine-Welt-Engagement und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit stärker unterstützen. Wir unterstützen die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen und werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass der Schutz der Kultur sowie des audiovisuellen Mediensektors bei Handelsabkommen nicht unter die Räder gerät. Wir wollen den Beitrag des kulturellen Sektors zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele unterstützen. So setzen wir uns für die Schaffung eines „Green Culture Fonds“ zur ökologischen Umgestaltung des Kulturbetriebs ein. Auch in der AKBP unterstützen wir die Mittler bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele im Bereich Kultur und Bildung.

3. Wollen Sie Kultur-, Medien- und Digitalpolitik enger verbinden? Wenn ja, wie?

Geht dies auch mit strukturellen Veränderungen einher? Wie wollen Sie die kulturelle Vielfalt und die Medienvielfalt sichern? Wollen Sie künstliche Intelligenz unter Berücksichtigung eines ethischen Rahmens fördern?

Kultur-, Medien- und Digitalpolitik denken wir seit Langem zusammen, etwa was die soziale Absicherung von Kultur- und Medienschaffenden angeht, aber auch im Hinblick auf die Regulierung von Internetplattformen, deren Bedeutung für die kulturelle und mediale Vielfalt wir stets mit im Blick haben. Einer stärkeren Bündelung der betreffenden Kompetenzen auf Bundesebene stehen wir GRÜNE daher offen gegenüber. Bei der Besetzung von Intendanzen, bei der Zusammensetzung von staatlich geförderten Kulturbetrieben, bei der Vergabe von Stipendien und Werksaufträgen und bei staatlichen Jurys wollen wir für eine angemessene Repräsentanz unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen sorgen. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Programm, Personal und Publikum in öffentlich-rechtlichen Kultureinrichtungen und Sendern auf Diversität geachtet wird. Wir fordern eine öffentliche Förderung des Journalismus, um Medienvielfalt zu fördern. Ethische Grundsätze sind das A und O unserer Politik im Bereich der Künstlichen Intelligenz.

4. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage in Kultur und Medien planen Sie? Wie stehen Sie zur verbesserten Einbeziehung von Selbständigen in die Arbeitslosenversicherung sowie eine Altersvorsorgepflicht für Selbständige? Welche Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit planen Sie?

Wir GRÜNE wollen Soloselbstständige in der Kultur- und Medienbranche besser sozial absichern. Dazu wollen wir branchenspezifische Mindesthonorare schaffen und den Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Selbstständige ausbauen und bezahlbar machen. Die Grundrente wollen wir zu einer Garantierente weiterentwickeln. Anspruch auf Garantierente sollen alle Menschen haben, die 30 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben. Bei der Besetzung von Intendanzen, bei staatlich geförderten Kulturbetrieben, bei der Vergabe von Stipendien und in Jurys wollen wir eine Geschlechterquote einführen, um die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen.

5. Planen Sie Maßnahmen zur Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft? Wenn ja, welche? Wollen Sie Honorarmindeststandards etablieren? Wie wollen Sie die Vergabepraxis im Kultur- und Medienbereich künftig gestalten? Werden Sie den Künstlersozialabgabesatz weiterhin stabil halten?

Ein Schwerpunkt unseres Investitionsprogramms wird die Digitalisierung sein. Davon wird die Kreativwirtschaft profitieren. Bei der Existenzgründungsförderung werden wir GRÜNE den Innovationsbegriff erweitern, sodass digitale Projekte aus der Kultur- und Kreativwirtschaft stärker Berücksichtigung finden. Wir setzen uns für verbindliche

Honoraruntergrenzen ein und die Einhaltung von Mindesthonoraren als Voraussetzung bei der Vergabe von Fördergeldern. Den Bundeszuschuss zur Künstlersozialkasse wollen wir dauerhaft von 20 Prozent auf 25 Prozent erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Anwendungsbereich des Künstlersozialversicherungsgesetzes (KSVG) für digitale Plattformen so konkretisiert wird, dass digitale Plattformen mit Gewinnabsicht, die in großem Maße von der Arbeit der Künstler*innen profitieren, abgabepflichtig werden. Zudem wollen wir prüfen, inwieweit der Anwendungsbereich des KSVG so geändert werden kann, dass das Marktortprinzip anstelle des Territorialprinzips gilt, sodass digitale Plattformen mit Sitz oder Niederlassung im Ausland abgabepflichtig werden.

6. Werden Sie nach der Umsetzung der DSM-Richtlinie in deutsches Recht weitere gesetzgeberische Maßnahmen im Urheberrecht ergreifen? Wenn ja, welche Akzente wollen Sie setzen? Planen Sie Veränderungen im Steuerrecht, insbesondere Umsatzsteuerrecht, für den Kultur- und Medienbereich? Wenn ja, welche?

Das Urheber*innenrecht muss weiter modernisiert und gerechter ausgestaltet werden, auch da Verbesserungen verpasst wurden. Dabei müssen die berechtigten Interessen der Urheber*innen auf angemessene Vergütung umgesetzt werden. Wir GRÜNE setzen uns für eine einfache und schnelle Rechteklärung zwischen Rechteinhaber*innen und Plattformanbietern ein. Wir fordern u. a. die Einrichtung einer öffentlich-rechtlich oder zivilgesellschaftlich organisierten Datenbank für Zwecke der Lizenzierung, Verfahren für automatisierte Lizenzabfragen, eine gesetzliche Grundlage für die elektronische Leihe von E-Books zu angemessenen Bedingungen und Regelungen für amtliche Werke im öffentlichen Interesse. Die Vergütungsregelungen für Schranken bzw. widerleglichen Vermutungen müssen überprüft werden und mit Privatkopieabgaben sollten auch Streamingdienste in den Blick genommen werden. Wir wollen grundsätzlich weniger Ausnahmen bei der Umsatzsteuer, werden uns hier aber auch in Zukunft für eine Gleichbehandlung von analogen und digitalen Kulturgütern einsetzen.

7. Wie wollen Sie das Bundesprogramm ,,Kultur macht stark“ weiterentwickeln? Planen Sie Maßnahmen zur Stärkung der digitalen Bildung in der außerschulischen Bildung? Werden Sie sich für Kultur und kulturelle Bildung im ländlichen Raum stark machen? Wenn ja, was planen Sie?

Alle Menschen in Deutschland müssen Zugang zu kulturellen Angeboten haben. Gerade im ländlichen Raum fehlt es an Proberäumen, Bühnen, Bibliotheken, Buchhandlungen und Kinos. Um gleichwertige Lebensverhältnisse zu erreichen, müssen wir Kultur in der Breite fördern. Mit einer Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ könnten kulturelle Einrichtungen in ländlichen und strukturschwachen Räumen gezielt gefördert werden. Wir GRÜNE wollen mehr Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen ermöglichen sowie einen Fonds zum Schutz von Kultureinrichtungen vor Verdrängung und Abriss

einrichten und damit Kulturorte langfristig absichern. Die bestehenden Förderstrukturen der Bundesfonds wollen wir stärken, das Programm „Kultur macht stark“ wollen wir weiter entwickeln. Perspektivisch wollen wir ein Sonderprogramm „Kulturraumschutz“ umsetzen. Zudem wollen wir eine zentrale Anlaufstelle schaffen, die u. a. als Anlauf- und Verbindungsstelle von Bildungsakteur*innen fungiert.

8. Werden Sie sich für die kulturelle lntegration und den Zusammenhalt in Vielfalt in Deutschland einsetzen? Was planen Sie konkret? Welche Relevanz hat in diesem Zusammenhang die Erinnerungskultur für Sie? Was wollen Sie tun, um Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzutreten?

In der Einwanderungsgesellschaft muss Erinnerungskultur multiperspektivisch angelegt sein, in der die Geschichten und Perspektiven aller Menschen ernstgenommen werden. Wir brauchen neue Vermittlungsformen, damit die nationalsozialistischen Verbrechen auch denjenigen Schüler*innen vermittelt werden können, die aufgrund ihrer eigenen Migrationsgeschichte keinen familiären Bezug zur deutschen Historie haben. Viele zivilgesellschaftliche Initiativen setzen sich für einen solchen multiperspektivischen Dialog ein, diese wollen wir stärker unterstützen. Bei öffentlichen Kultureinrichtungen wollen wir GRÜNE darauf achten, dass Programm, Personal und Publikum divers aufgestellt sind. Wichtig sind zudem dialogische Angebote an Gedenkstätten, um Erinnerungskultur direkt für Jugendliche erlebbar zu machen. Durch eine zentrale Erinnerungs- und Lernstätte wollen wir zudem die Kontinuitäten des Kolonialismus ins Bewusstsein rücken und so eine gesellschaftliche Debatte über unser koloniales Erbe fördern.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat